

REGARDS

10 JAHRE UNI LUXEMBURG

Weg in die Wissensgesellschaft

Max Doerner

Die Universität Luxemburg feiert dieses Jahr ihren 10. Geburtstag. Grund genug, um eines der jüngsten Kapitel der luxemburgischen Gesellschaft noch einmal in den Blick zu nehmen. Germain Dondelinger spricht in einem Gespräch über die Zeit der Unigründung.

Germain Dondelinger nahm seine Funktion als „premier conseiller du gouvernement“ für die Hochschulbildung im Jahre 1999 auf. Er arbeitete das Gründungsgesetz von 2003 aus. Das Gesetz hätte schon 2011 geändert werden sollen, da es wiederholt in die Kritik geraten war.

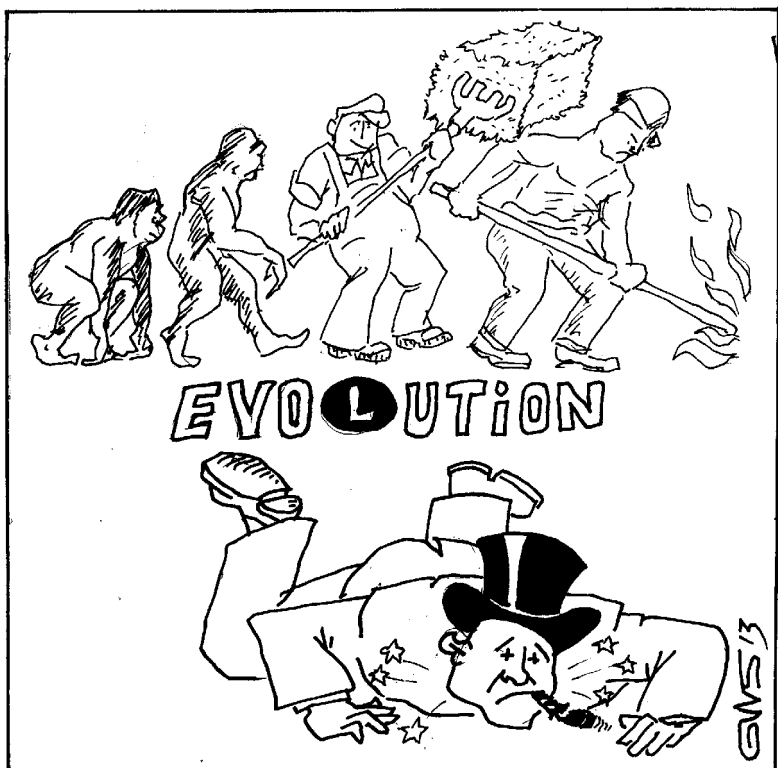
In seinem Büro beschreibt Dondelinger die Situation Anfang der 2000er Jahre: „Es herrschte ein besonderes Klima. Fragen zur Hochschulpolitik, zu Hochschulen und Forschung wurden wichtiger.“ Tatsächlich vollzog sich am Ende der 1990er ein Stimmungswandel. Noch 1997 war Premier Juncker gegen eine nationale Universität. Eine Uni, so sein Argument, bringe die Gefahr der intellektuellen Inzucht mit sich, da die luxemburgischen Studenten nicht mehr im Ausland ihren Horizont erweitern könnten. Vier Jahre später hob er dagegen in seiner Rede zur Nation die Wichtigkeit einer neuen Hochschulpolitik hervor: „L'enseignement supérieur est un domaine de politique relativement récent au Luxembourg. Il s'agit là, néanmoins, d'un domaine d'action publique d'une importance sans cesse croissante.“

In Europa wurden Angelegenheiten der Bildungs- und Hochschulpo-

litik, anders als in der Wirtschaftspolitik, traditionell von den jeweiligen Nationalstaaten geregelt. Anfang der 1970er Jahre war keineswegs sicher, ob auch die Bildungspolitik von den Maßnahmen der EG erfasst werden sollte. Erst mit dem Maastricht-Vertrag vom Jahre 1992 erhielt die primäre Bildungspolitik ihre Bedeutung und wurde zum ersten Mal fixiert. Die Arbeit der Europäischen Kommission war aber hauptsächlich auf die Rolle der Bildung für die Wirtschaft ausgerichtet. Der Bereich der Hochschulpolitik wurde ihr nicht zugewiesen. In den 1990er Jahren entstanden hier jedoch neue Dynamiken.

Auf die Frage, welche Rolle die Institutionen in dieser Atmosphäre spielten, antwortet Dondelinger, dass es neben der Lissabon-Strategie auch den Bologna-Prozess gegeben habe. Doch was sind diese Prozesse genau? Im Juni 1999 unterzeichnete die damalige Ministerin Erna Hennicot-Schoepges gemeinsam mit ihren 28 europäischen Amtskollegen die Bologna-Deklaration. Die Lissabon-Strategie, die im März 2000 von den Regierungschefs der EU-15 unterzeichnet wurde, hatte als Zielsetzung, aus der Union die wettbewerbsfähigste Wissensgesellschaft der Welt zu machen.

Der Bologna-Prozess war nie ein streng verbindlicher Vertrag. Es gab keine klare supranationale Instanz, die strikte Anweisungen zur Implementierung politischer Richtlinien auf nationaler Ebene hätte geben können. Beim Bologna-Prozess handelt es sich nicht um ein reines Produkt der EU-



Eine der bedeutendsten Innovationen des Mittelalters: die Universität. Das Balliol College, Oxford.



FOTO: WIKIPEDIA

Politik. Er ist ein neues Paradigma der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren auf höchster Ebene, der weder transparent noch demokratisch abläuft. So geht es im Bologna-Prozess weniger um eine Harmonisierung der Hochschulpolitik als um ihre Europäisierung, was aber gleichbedeutend mit ihrer Umstrukturierung ist.

Die eigentliche Innovation des Bologna-Prozesses liegt in der Konzeption eines Gesamtrahmens. So wurden altbekannte Themen der kontinental-europäischen Hochschuldebatten zusammengeführt und evolutionär ausgelegt. Der Ideen katalog des Bologna-Prozesses greift frühere Ansätze und Vorschläge auf. So wird zum Beispiel die Lissabonner Strategie aus dem Jahre 2000, die für einen auf Wettbewerb ausgerichteten europäischen Hochschulraum sorgen soll, mit dem Problem der Anerkennung von Diplomen der UNESCO und mit dem Anliegen der Qualitätssicherung der Diplome in einem Gesamtprojekt verbunden. Diese Form des politischen Prozesses war auf mehrere Jahre ausgelegt, d.h. sie wurden in einer Agenda angelegt. Dondelinger beschreibt den Prozess als „eine große atmosphärische Situation, in welcher Europa uns die Frage des Wettbewerbs stellte. Wir merkten, dass wir ein Wettbewerbsproblem und ein Innovationsproblem hatten.“ So nahm Dondelinger eine neue Stimmung, ein neues Klima wahr: „Der Bologna-Prozess stellte die Frage: Wofür braucht man

eine Hochschule“ Für Dondelinger waren diese Prozesse „Auslöser“ einer neuen Hochschulpolitik, aber dieser politische Prozess wurde nicht als Druck wahrgenommen.“

Der Bologna-Prozess ist vielschichtig. Die verfolgte Umstrukturierung der Hochschulpolitik soll der Universität ihren neuen produktiven Platz in einer globalen Wissensgesellschaft zuweisen. Sie muss sich als nützlich für die Gesellschaft und die Nationalökonomie bewähren. Dies heißt aber, dass es im neuen Europa einen Pakt zwischen der Universität, der Politik und der Gesellschaft im Namen der Wettbewerbssteigerung geben soll.

Neuer Diskurs: Die Wissensgesellschaft

„Der Bologna-Prozess löste eine neue Reflexion aus“, meint Germain Dondelinger. Natürlich betrachtet er diese Entwicklungen retrospektiv. Der Prozess habe die Frage aufgeworfen, wo Luxemburgs Wohlstand herkommt. Dondelinger liefert uns seine Vorstellung der gesellschaftlichen Evolution. Auf den Agrarstaat folgt die Stahlindustrie. Nach der Stahlindustrie kommt die Serviceindustrie. „Zusammen betrachtet, fehlte Luxemburg das Schaffen von Neuem, komplett Neuem. Es genügt nicht nur Ideen zu übernehmen, und neu zu verteilen, ich muss auch tatsächlich Neues schaffen. In einer Wissensgesellschaft, geht es nicht darum, vom Wissen anderer zu profitieren. Es geht darum, eigenständig neues Wissen zu

produzieren. Diese Idee hat der Produktion von Wissen war ausschlaggebend die Forschungsprojekte die es seit den CRP [Anm.: also seit 1987] öffentlich gab, weiterhin auszubauen.“ Für Germain Dondelinger war dies die Idee hinter der Uni: „Es geht darum die Luxemburger Gesellschaft so zu entwickeln, dass sie den Entwicklungsweg einer Wissensgesellschaft geht. Damit Luxemburg dies erreichen kann, braucht Luxemburg eine Universität.“

Wissensgesellschaft ist ein Konzept aus den 1970er Jahren. In seinem Buch „The Coming of the Post-Industrial Society“ untersuchte der amerikanische Soziologe Daniel Bell eine neue nach-industrielle Gesellschaft. Er beschreibt eine Gesellschaft in welcher produziertes Wissen alle Bereiche des menschlichen Lebens bestimmt. In der Wirtschaft wird die Warenproduktion durch Dienstleistungen ersetzt. Dadurch wird die Bildung der Arbeitskräfte ausschlaggebend. In einer solchen Gesellschaft wird theoretisches und erforschtes Wissen als Grundprinzip gelten. Es dient in technischer Entwicklung, in wirtschaftlichem Wachstum und auch in der Politikberatung. Wissen wird auf seine instrumentelle Natur reduziert. Dahinter verbirgt sich der ultramoderne und utopische Wunsch der ständigen Erneuerung einer Gesellschaft und ihrer Strukturen. Das Bild das Bell uns von der neuen Gesellschaft liefert ist vor allem interessant bezüglich der politischen Entwicklung in einer solchen Gesellschaft. In

einer post-industriellen Gesellschaft liegt die politische Entscheidung bei verschiedenen technokratischen und wissenschaftlichen Eliten. Sie trifft Entscheidung indem sie theoretischen Wissensmodellen folgt. Dies erhöht Bell nach, jedoch die Komplexität in der politischen Entscheidung.

Die Gründung der Universität Luxemburg, muss also auch im Kontext des Bologna-Prozesses gesehen werden. Die Forderung nach einer Universität in Luxemburg wurde seit über 20 Jahren von Studenten und Akademikern befürwortet. In Luxemburg wurde der Bologna-Prozess weniger negativ aufgenommen, wie vielleicht in Deutschland, wo die Umstellung auf einen dreifach gestuften Studienaufbau auf Widerstände stieß. Jedoch steht die politische Ausrichtung der Universität auf Forschung im Namen des Wettbewerbs bis heute in der Kritik. In diesem Kontext wurde zu Recht die untergeordnete Rolle die, den Humanwissenschaften in einem instrumentellen Verständnis von Wissen und Produktion von Wissen zugewiesen wird, kritisiert. Eine kritische Forschung an der Universität könnte neue utopische Diskurse, wie den der Wissensgesellschaft und ihrer Materialisierung auf ihre politische Bedeutung hin analysieren.